Reichsgesetzblatt

Teil II

1925	Ausgegeben zu Berlin, den 22. August 1925	Nr. 38

Inhalt: Gesetz über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland. S. 777. — Gesetz über den Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika. S. 795. — Bekanntmachung über die Ratifikation des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten vom 3. November 1923 und des dazu gehörenden Protokolls vom gleichen Tage. S. 812. — Bekanntmachung, betreffend die am 30. September 1921 in Genf unterzeichnete Internationale Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels. S. 812. — Bekanntmachung zu der dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr beigefügten Liste. S. 812. — Bekanntmachung, betreffend das am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichnete Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung des Mädchenhandels. S. 812. — Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. S. 812.

Gesetz über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland. Vom 17. August 1925.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem am 2. Dezember 1924 unterzeichneten Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und dem Vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland nebst den dazugehörigen beiden Protokollen vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und die beiden Protokolle werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Dietramszell, den 17. August 1925.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Handels- und Schiffahrtsvertrag
zwischen dem Deutschen Reiche und dem Vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland

Der Deutsche Reichspräsident einerseits und Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der britischen überseeischen Dominien, Kaiser von Indien, andererseits, gleicherweise von dem Wunsche beseelt, die zwischen ihren Ländern bereits bestehenden Handelsbeziehungen weiter zu erleichtern und auszudehnen, haben beschlossen, zu diesem Zwecke einen Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschließen und haben ihre Bevollmächtigten ernannt,

Der Deutsche Reichspräsident:

Seine Exzellenz Dr. Friedrich Sthamer, den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter des Deutschen Reichs in London; und

Dr. Carl von Schubert, Ministerialdirektor im Deutschen Auswärtigen Amt;

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, and the President of the German Reich being desirous of further facilitating and extending the commercial relations already existing between their respective countries, have determined to conclude a Treaty of Commerce and Navigation with this object, and have appointed their plenipotentiaries, that is to say:

His Britannic Majesty:

The Right Honourable Joseph Austen Chamberlain, M. P., His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs; and

His Excellency the Right Honourable Lord D'Abernon, G. C. M. G., His Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Berlin;

Seine Britannische Majestät:

Den Right Honourable Joseph Austen Chamberlain, M. P., Seiner Majestät Ersten Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten; und

Seine Exzellenz den Right Honourable Lord D'Abernon, G. C. M. G., Seiner Majestät außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter in Berlin;

die nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die nachstehenden Artikel vereinbart haben:

The President of the German Reich:

His Excellency Dr. Friedrich Sthamer, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the German Reich in London; and

Dr. Carl von Schubert, Director in the German Ministry of Foreign Affairs;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon the following articles:—

Artikel 1

Zwischen den Gebieten der beiden vertragschließenden Teile soll gegenseitige Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen.

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen das Recht haben, mit ihren Schiffen und Ladungen unbehindert nach allen Plätzen und Häfen in den Gebieten des anderen Teiles zu kommen, nach denen den Staatsangehörigen dieses Teiles zu kommen gestattet ist oder noch gestattet werden mag, und sie sollen in Hinsicht auf Handel und Schiffahrt dieselben Rechte, Vorrechte, Freiheiten, Vergünstigungen, Befreiungen und Ausnahmen genießen, die die Staatsangehörigen dieses Teiles genießen oder noch genießen werden.

Article 1

There shall be between the territories of the two Contracting Parties reciprocal freedom of commerce and navigation.

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties shall have liberty freely to come, with their ships and cargoes, to all places and ports in the territories of the other to which subjects or citizens of that Contracting Party are or may be permitted to come, and shall enjoy the same rights, privileges, liberties, favours, immunities and exemptions in matters of commerce and navigation as are or may be enjoyed by subjects or citizens of that Contracting Party.

Artikel 2

Die Staatsangehörigen jedes der beiden vertragschließenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles sowohl hinsichtlich ihrer Person als auch hinsichtlich ihrer Güter, Rechte, Interessen und in bezug auf ihren Handel, Gewerbe, Geschäft, Beruf, Betätigung oder irgendwelche sonstigen Angelegenheiten in jeder Beziehung die gleiche Behandlung und den gleichen gesetzlichen Schutz genießen wie die Staatsangehörigen dieses Teiles oder die des meistbegünstigten fremden Landes, soweit es sich um Steuern, Abgaben, Zölle, Auflagen, Gebühren, die ihrem Wesen nach Steuern sind, oder um ähnliche Lasten handelt.

Article 2

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties in the territories of the other shall enjoy, in respect of their persons, their property, rights and interests, and in respect of their commerce, industry, business, profession, occupation or any other matter, in every way the same treatment and legal protection as the subjects or citizens of that party or of the most favoured foreign country, in as far as taxes, rates, customs, imposts, fees which are substantially taxes, and other similar charges are concerned.

Artikel 3

Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, daß in allen Handel, Schiffahrt und Gewerbe betreffenden Angelegenheiten alle Vorrechte, Vergünstigungen oder Befreiungen, die der eine der beiden vertragschließenden Teile den Schiffen und Staatsangehörigen irgendeines anderen fremden Landes gegenwärtig zugesteht oder in Zukunft zugestehen wird, gleichzeitig und bedingungslos ohne Ansuchen und ohne Gegenleistung auf die Schiffe und Staatsangehörigen des anderen Teiles ausgedehnt werden sollen; hierbei ist es ihre Absicht, Handel, Schiffahrt und Gewerbe eines jeden der beiden vertragschließenden Teile in jeder Hinsicht denjenigen der meistbegünstigten Nation gleichzustellen.

Article 3

The two Contracting Parties agree that in all matters relating to commerce, navigation and industry, any privilege, favour or immunity which either of the two Contracting Parties has actually granted or may hereafter grant to the ships and subjects or citizens of any other foreign country shall be extended, simultaneously and unconditionally, without request and without compensation, to the ships and subjects or citizens of the other, it being their intention that the commerce, navigation and industry of each of the two Contracting Parties shall be placed in all respects on the footing of the most favoured nation.

Artikel 4

Die die Gewährung der Behandlung als meistbegünstigte Nation betreffenden Bestimmungen dieses Vertrags erstrecken sich nicht auf:

1. Begünstigungen, die von einem der beiden vertragschließenden Teile einem Nachbarstaate zur Erleichterung des Verkehrs für gewisse, in der Regel nicht über 15 km beiderseits der Grenze hinausgehende Grenzgebiete und für die Bewohner solcher Gebiete eingeräumt werden;
2. Begünstigungen, die von einem der beiden vertragschließenden Teile einem dritten Staate auf Grund einer schon abgeschlossenen oder gegebenenfalls später abzuschließenden Zollunion eingeräumt werden;
3. Begünstigungen, die einer der beiden vertragschließenden Teile in Verträgen über Ausschluß der Doppelbesteuerung und gegenseitigen Schutz in Steuersachen einem dritten Staate zugestanden hat oder gegebenenfalls später zugestehen wird;
4. Begünstigungen, die Deutschland mittelbar oder unmittelbar auf Grund der den Weltkrieg beendigenden Verträge, an denen Seine Britannische Majestät beteiligt ist, zugestanden hat oder gegebenenfalls später zugestehen wird, es sei denn, daß die Begünstigungen einem Staate eingeräumt worden sind, der sie weder mittelbar noch unmittelbar auf Grund dieser Verträge in Anspruch nehmen kann.

Artikel 5

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen in dem Gebiete des anderen Teiles volle Freiheit haben, bewegliches und unbewegliches Eigentum jeder Art zu erwerben und zu besitzen, deren Erwerb und Besitz nach den Gesetzen des anderen Teiles den Staatsangehörigen irgendeines anderen fremden Landes gestattet ist oder gestattet werden wird. Sie sollen darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, Heirat, letzten Willen oder in jeder anderen Weise verfügen oder solches Eigentum durch Erbschaft erwerben können unter den gleichen Bedingungen, die für die Staatsangehörigen des anderen Teiles gelten oder gelten werden.

Den Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile soll es auch gestattet sein, den Erlös aus dem Verkauf ihres Eigentums und ihrer Waren überhaupt, unter Beobachtung der Gesetze des anderen Teiles, frei auszuführen, ohne als Ausländer anderen oder höheren Abgaben unterworfen zu sein, wie die, denen Staatsangehörige des betreffenden Teiles unter gleichartigen Umständen unterworfen sein würden.

Artikel 6

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen in die Gebiete des anderen Teiles einreisen und sich dort aufhalten können, solange sie den für die Einreise und den Aufenthalt aller Ausländer geltenden Bedingungen und Vorschriften genügen und sie beobachten; sie sollen ferner in bezug auf die Ausübung von Handel, Beruf und Gewerbe dieselben Rechte genießen wie die Angehörigen des meistbegünstigten fremden Landes.

Article 4

The provisions of the present Treaty with regard to the grant of the treatment of the most favoured nation do not extend to:—

1. Favours granted by one of the two Contracting Parties to an adjoining State to facilitate traffic for certain frontier districts, as a rule not extending beyond 15 kilometres on each side of the frontier, and for residents in such districts.
2. Favours granted by one of the two Contracting Parties to a third State in virtue of a Customs Union which has already been or may hereafter be concluded.
3. Favours which one of the two Contracting Parties has granted or may hereafter grant to a third State in agreements for the avoidance of double taxation, and the mutual protection of the revenue.
4. Favours which Germany has granted or may hereafter grant, directly or indirectly, by virtue of treaties to which His Britannic Majesty is a party, concluding the world war, unless those favours have been extended to a State which has no right to claim them, directly or indirectly, by reason of such treaties.

Article 5

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties in the territories of the other shall be at full liberty to acquire and possess every description of property, movable and immovable, which the laws of the other Contracting Party permit, or shall permit, the subjects or citizens of any other foreign country to acquire and possess. They may dispose of the same by sale, exchange, gift, marriage, testament, or in any other manner, or acquire the same by inheritance, under the same conditions as are or shall be established with regard to subjects or citizens of the other Contracting Party.

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties shall also be permitted, on compliance with the laws of the other Contracting Party, freely to export the proceeds of the sale of their property and their goods in general without being subjected as foreigners to other or higher duties than those to which subjects or citizens of such party would be liable under similar circumstances.

Article 6

The subjects or citizens of either of the two Contracting Parties shall be entitled to enter and reside in the territories of the other so long as they satisfy and observe the conditions and regulations applicable to the entry and residence of all foreigners, and they shall enjoy in respect of the exercise of their trades, professions or industries the same rights as the subjects or citizens of the most favoured foreign country.

Artikel 7

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles von jedem zwangsweisen Militärdienst, sowohl in der Landmacht als auch in der Seemacht, den Luftstreitkräften, der Nationalgarde oder der Miliz befreit sein. In gleicher Weise sollen sie befreit sein von jedem Dienst in der Rechtspflege und in der Staats- oder Gemeindeverwaltung, mit Ausnahme des gesetzlich festgesetzten Geschworenendienstes, ferner von allen Geld- oder Naturalleistungen, die als Ablösung für persönliche Dienstleistungen auferlegt werden, und schließlich von allen militärischen Zwangsleistungen oder Requisitionen. Ausgenommen hiervon sind jedoch die aus irgendeinem Rechtstitel mit dem Besitz eines Grundstücks verbundenen Lasten sowie zwangsweise Einquartierung und andere besondere militärische Zwangsleistungen oder Requisitionen, zu denen alle Staatsangehörigen des anderen Teiles als Eigentümer oder Inhaber von Gebäuden oder Land herangezogen werden können.

Soweit einer der beiden vertragschließenden Teile von den Staatsangehörigen des anderen Teiles militärische Zwangs- oder Requisitionsleistungen fordert, soll diesen hierfür die gleiche Entschädigung gewährt werden wie den eigenen Staatsangehörigen.

In den obengenannten Fällen sollen die Staatsangehörigen des einen der beiden vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles keine ungünstigere Behandlung erfahren, als die Staatsangehörigen des meistbegünstigten fremden Landes erfahren oder erfahren werden.

Article 7

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties in the territories of the other shall be exempted from all compulsory military service whatsoever, whether in the army, navy, air force, national guard or militia. They shall similarly be exempted from all judicial, administrative and municipal functions whatever, other than those imposed by the laws relating to juries, as well as from all contributions, whether pecuniary or in kind, imposed as an equivalent for personal service, and finally from any military exaction or requisition. The charges connected with the possession by any title of landed property are, however, excepted, as well as compulsory billeting and other special military exactions or requisitions to which all subjects or citizens of the other Contracting Party may be liable as owners or occupiers of buildings or land.

In so far as either of the two Contracting Parties may levy any military exactions or requisitions on the subjects or citizens of the other, it shall accord the same compensation in respect thereof as is accorded to its own subjects or citizens.

In the above respects the subjects or citizens of one of the two Contracting Parties shall not be accorded in the territories of the other less favourable treatment than that which is or may be accorded to subjects or citizens of the most favoured foreign country.

Artikel 8

In den Gebieten des einen der beiden vertragschließenden Teile erzeugte oder verfertigte und in die Gebiete des anderen Teiles von irgendwoher eingeführte Waren sollen keinen anderen oder höheren Zöllen oder Abgaben unterliegen, als die in irgendeinem anderen fremden Lande erzeugten oder verfertigten gleichartigen Waren.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 10 sollen gegen irgendwelche in den Gebieten des einen der beiden vertragschließenden Teile erzeugte oder verfertigte und in die Gebiete des anderen Teiles von irgendwoher eingeführte Waren keine Einfuhrverbote oder Einfuhrbeschränkungen aufrechterhalten oder erlassen werden, die sich nicht gleicherweise auf die Einfuhr von in irgendeinem anderen fremden Lande erzeugten oder verfertigten gleichartigen Waren erstrecken.

Article 8

Articles produced or manufactured in the territories of one of the two Contracting Parties, imported into the territories of the other, from whatever place arriving, shall not be subjected to other or higher duties or charges than those paid on the like articles produced or manufactured in any other foreign country.

Subject to the provisions of article 10, no prohibition or restriction shall be maintained or imposed on the importation of any article, produced or manufactured in the territories of either of the two Contracting Parties, into the territories of the other, from whatever place arriving, which shall not equally extend to the importation of the like articles produced or manufactured in any other foreign country.

Artikel 9

In den Gebieten des einen der beiden vertragschließenden Teile erzeugte oder verfertigte und in die Gebiete des anderen Teiles ausgeführte Waren sollen keinen anderen oder höheren Abgaben oder Lasten unterworfen sein als denen, die für gleichartige, nach einem anderen fremden Lande ausgeführte Waren gezahlt werden. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 10 sollen auf die Ausfuhr irgendwelcher Waren aus den Gebieten des einen der beiden vertrag-

Article 9

Articles produced or manufactured in the territories of either of the two Contracting Parties exported to the territories of the other, shall not be subjected to other or higher duties or charges than those paid on the like articles exported to any other foreign country. Subject to the provisions of Article 10 no prohibition or restriction shall be imposed on the exportation of any article from the territories of either of the two Con-

schließenden Teile in die Gebiete des anderen Teiles keinerlei Verbote oder Beschränkungen gelegt werden, die nicht gleicherweise auf die Ausfuhr gleichartiger Gegenstände nach irgendeinem anderen fremden Lande ausgedehnt werden.

Artikel 10

Handel und Verkehr zwischen den Gebieten der beiden vertragschließenden Teile sollen nach Möglichkeit durch keinerlei Ein- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen gehemmt werden.

Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, ihr Recht auf Einführung von Ein- oder Ausfuhrverboten oder -beschränkungen nach Möglichkeit auf die nachstehenden Fälle zu beschränken, wobei Einverständnis darüber besteht, daß solche Verbote oder Beschränkungen gleichzeitig und gleichmäßig auf andere fremde Länder ausgedehnt werden, in denen ähnliche Voraussetzungen gegeben sind:

a) öffentliche Sicherheit;

b) gesundheitspolizeiliche Gründe oder solche zum Schutze von Tieren und Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge;

c) in Beziehung auf Waffen, Munition und Kriegsgerät und unter außerordentlichen Umständen auch in Beziehung auf anderen Kriegsbedarf;

d) zum Zwecke des Verbots der Einfuhr von Gegenständen, deren Einfuhr nach der Patentgesetzgebung des betreffenden Teiles verboten ist;

e) um auf ausländische Waren Verbote oder Beschränkungen auszudehnen, die durch die innere Gesetzgebung für die Erzeugung, den Vertrieb, den Verbrauch oder die Beförderung gleichartiger einheimischer Waren im Inlande festgesetzt sind oder etwa später festgesetzt werden. Dies trifft insbesondere bei Waren zu, die den Gegenstand eines Staatsmonopols oder einer monopolähnlichen Einrichtung bilden.

Keine Bestimmung dieses Artikels soll das Recht eines der beiden vertragschließenden Teile ausschließen, auf Grund allgemeiner Gesetzgebung angemessene Vorschriften über die Art, die Form oder den Platz der Einfuhr oder über die Markierung eingeführter Waren zu erlassen oder solche Vorschriften durch Einfuhrverbote auf die Waren, die ihnen nicht entsprechen, wirksam zu machen.

Artikel 11

Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, daß keine Verbote oder Beschränkungen der Durchfuhr durch die Gebiete eines jeden der beiden vertragschließenden Teile aus oder nach den Gebieten des anderen Teiles nach Maßgabe des Artikels 17 dieses Vertrages eingeführt werden sollen, die nicht gleichzeitig und gleichmäßig auf andere Länder, in denen ähnliche Voraussetzungen gegeben sind, ausgedehnt werden.

tracting Parties to the territories of the other which shall not equally extend to the exportation of the like articles to any other foreign country.

Article 10

Trade and traffic between the territories of the two Contracting Parties shall, as far as possible, not be impeded by any kind of import or export prohibitions or restrictions.

The two Contracting Parties agree to limit their right to impose prohibitions or restrictions upon import or export as far as possible to the following cases, it being understood that such prohibitions or restrictions are extended at the same time and in the same way to other foreign countries in which similar conditions prevail:—

(a.) Public safety;

(b.) Sanitary grounds or for protection of animals and plants against diseases and pests;

(c.) In respect of weapons, ammunition and war material and, under exceptional circumstances, also in respect of other materials needed in war;

(d.) For the purpose of prohibiting the importation of articles where such prohibition is imposed under the Patent Laws of the respective parties;

(e.) For the purpose of extending to foreign goods prohibitions and restrictions which are or may hereafter be imposed by internal legislation upon the production, sale, consumption or forwarding within the territories of the party concerned of goods of the same kind produced within those territories, including, in particular, goods which are the subject of a State monopoly or similar arrangement.

Nothing in this article shall preclude either of the two Contracting Parties from prescribing, in pursuance of general legislation, reasonable regulations as to the manner, form or place of importation, or the marking of imported goods, or of enforcing such regulations by prohibiting the importation of goods which do not comply with them.

Article 11

The two Contracting Parties agree that no prohibitions or restrictions on traffic in transit through the territories of either of the two Contracting Parties from or to the territories of the other shall be imposed under the provisions of Article 17 of this treaty which are not extended at the same time and in the same way to other countries in which similar conditions prevail.

Artikel 12

Soweit, unter Beobachtung der beiden vorhergehenden Artikel, Verbote und Beschränkungen in Kraft gesetzt werden können, verpflichten sich die beiden vertragschließenden Teile, bei der Bewilligung von Ausnahmen von den Einfuhr- und Ausfuhrverboten alles zu tun:

a) damit die zur Erlangung einer derartigen Bewilligung zu erfüllenden Bedingungen und zu beobachtenden Förmlichkeiten sofort in der klarsten und bestimmtesten Form öffentlich bekanntgemacht werden;

b) damit die Art der Erteilung dieser Berechtigungsscheine möglichst einfach ist und gleichbleibt;

c) damit die Prüfung der Anträge und die Erteilung der Bewilligungen an die Antragsteller mit größter Beschleunigung erfolgt;

d) damit das System der Erteilung der Bewilligungen derart eingerichtet wird, daß der Handel mit diesen Berechtigungsscheinen verhindert wird. Zu diesem Zwecke müssen die Einzelbewilligungen auf den Namen des Berechtigten ausgestellt und die Übertragbarkeit auf eine andere Person muß ausgeschlossen sein;

e) damit für den Fall der Festsetzung von Kontingenten die von dem Einfuhrlande verlangten Förmlichkeiten nicht derart sind, daß sie die gerechte Zuteilung der Warenmengen, deren Einfuhr gestattet ist, verhindern.

Artikel 13

Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, sowohl durch ihre Gesetzgebung wie auch im Verwaltungswege alle geeigneten Maßregeln zu treffen, um die willkürliche oder ungerechte Anwendung ihrer Gesetze und Ausführungsbestimmungen in Zoll- und ähnlichen Angelegenheiten zu verhindern und den Personen, die durch solche Mißbräuche geschädigt worden sind, Genugtuung im Verwaltungs-, Rechts- oder Schiedsgerichtswege zu sichern.

Artikel 14

In den Gebieten eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen auf Waren, die in den Gebieten des anderen Teiles erzeugt oder verfertigt worden sind, keine anderen oder höheren inneren Abgaben, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung örtlicher Behörden oder von Körperschaften, erhoben werden als die Abgaben, die unter ähnlichen Umständen von gleichartigen Waren heimischen oder irgendwelchen ausländischen Ursprungs erhoben werden.

Artikel 15

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages über die gegenseitige Gewährung der Behandlung als meistbegünstigte Nation finden bedingungslos auf die Behandlung der Handelsreisenden und ihrer Muster Anwendung. Hierbei einigen sich die beiden vertragschließenden Teile auf die Durchführung der Bestimmungen der in Genf am 3. November 1923 unterzeichneten internationalen Konvention über die Vereinfachung der Zollformalitäten.

Article 12

In so far as, having regard to the provisions of the two preceding articles, prohibitions and restrictions may be enforced, the two Contracting Parties undertake as regards import and export licences to do everything in their power to ensure:

(a.) That the conditions to be fulfilled and the formalities to be observed in order to obtain such licences should be brought immediately in the clearest and most definite form to the notice of the public;

(b.) That the method of issue of the certificates of licences should be as simple and stable as possible;

(c.) That the examination of applications and the issue of licences to the applicants should be carried out with the least possible delay;

(d.) That the system of issuing licences should be such as to prevent the traffic in licences. With this object, licences, when issued to individuals, should state the name of the holder and should not be capable of being used by any other person;

(e.) That, in the event of the fixing of rations, the formalities required by the importing country should not be such as to prevent an equitable allocation of the quantities of goods of which the importation is authorised.

Article 13

The two Contracting Parties agree to take the most appropriate measures by their national legislation and administration both to prevent the arbitrary or unjust application of their laws and regulations with regard to Customs and other similar matters, and to ensure redress by administrative, judicial or arbitral procedure for those who have been prejudiced by such abuses.

Article 14

No internal duties shall be levied within the territories of either of the two Contracting Parties for the benefit of the State or local authorities or corporations on goods the produce or manufacture of the territories of the other party which are other or greater than the duties levied in similar circumstances on the like goods of national origin or of any other foreign origin.

Article 15

The stipulations of the present treaty with regard to the mutual grant of the treatment of the most favoured nation apply unconditionally to the treatment of commercial travellers and their samples. In this matter the two Contracting Parties agree to carry out the provisions of the International Convention relating to the Simplification of Customs Formalities signed at Geneva on the 3rd November, 1923.

Artikel 16

Aktiengesellschaften und andere Erwerbsgesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen, die zur Betreibung von Handels-, Versicherungs-, Finanz-, Industrie-, Transport- oder irgendwelchen anderen Geschäften gebildet und in den Gebieten eines der beiden Teile errichtet sind, sollen, vorausgesetzt, daß sie in gehöriger Weise in Übereinstimmung mit den in den betreffenden Gebieten geltenden Gesetzen gegründet sind, in den Gebieten des anderen Teiles zur Ausübung ihrer Rechte ermächtigt und gemäß den Gesetzen des anderen Teiles als Kläger oder Beklagte vor Gericht zu erscheinen berechtigt sein.

Aktiengesellschaften und andere Erwerbsgesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen eines jeden der beiden Teile, die in Übereinstimmung mit den in den Gebieten des anderen Teiles geltenden Gesetzen und Vorschriften zugelassen worden sind, sollen in diesen Gebieten hinsichtlich der Besteuerung ebenso behandelt werden wie die Aktiengesellschaften und anderen Erwerbsgesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen dieses Teiles.

Weiterhin verpflichten sich die beiden vertragschließenden Teile, den Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen keine Hindernisse in den Weg zu legen, die in ihren Gebieten durch Errichtung von Zweigniederlassungen oder auf andere Weise ein Geschäft irgendwelcher Art zu betreiben wünschen, das die Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen oder Staatsangehörige irgendeines anderen fremden Landes zur Zeit oder in Zukunft betreiben dürfen.

Keinesfalls soll die Behandlung, die den Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen des einen der beiden vertragschließenden Teile vom anderen Teile gewährt wird, in irgendwelcher Hinsicht ungünstiger sein als diejenige, die den Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen des meistbegünstigten fremden Landes gewährt wird.

Es besteht Einverständnis darüber, daß die vorhergehenden Bestimmungen auf Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen Anwendung finden, einerlei, ob sie vor oder nach Zeichnung des gegenwärtigen Vertrages gegründet worden sind.

Keine Bestimmung dieses Artikels soll das Recht jedes der beiden Teile beeinträchtigen, Gesetze und Verordnungen über die Verfügung über unbewegliches Eigentum einzuführen oder aufrechtzuerhalten, sofern in dieser Beziehung der Grundsatz der Meistbegünstigung gewahrt wird.

Artikel 17

Die von den beiden vertragschließenden Teilen getroffenen Maßnahmen zur Regelung und Durchführung der Transporte durch ihre Gebiete sollen den freien Durchgangsverkehr auf den in Betrieb befindlichen und für den internationalen Durchgangsverkehr geeigneten Eisenbahnen und Wasserwegen erleichtern. Es wird dabei kein Unterschied gemacht, weder auf Grund der Staatsangehörigkeit von Personen, der Schiffsflagge, des Ursprungs-, Herkunfts-, Eintritts-, Austritts- oder des Bestimmungsortes, noch auf Grund irgendeiner Erwägung, hergeleitet aus den Eigentumsverhältnissen der Güter oder Schiffe, Personen- oder Güterwagen oder anderer Beförderungsmittel.

Article 16

Limited liability and other companies, partnerships and associations formed for the purpose of commerce, insurance, finance, industry, transport or any other business and established in the territories of either party shall, provided that they have been duly constituted in accordance with the laws in force in such territories, be entitled, in the territories of the other, to exercise their rights and appear in the courts either as plaintiffs or defendants, subject to the laws of such other party.

Limited liability and other companies, partnerships and associations of either party which shall have been admitted in accordance with the laws and regulations in force in the territories of the other party shall enjoy in those territories the same treatment in regard to taxation as is accorded to the limited liability and other companies, partnerships and associations of that party.

Furthermore, each of the two Contracting Parties undertakes to place no obstacle in the way of such companies, partnerships and associations which may desire to carry on in its territories, whether through the establishment of branches or otherwise, any description of business, which the companies, partnerships and associations or subjects or citizens of any other foreign country are or may be permitted to carry on.

In no case shall the treatment accorded by either of the two Contracting Parties to companies, partnerships and associations of the other be less favourable in respect of any matter whatever than that accorded to companies, partnerships and associations of the most favoured foreign country.

It is understood that the foregoing provisions are applicable to companies, partnerships and associations constituted before the signature of the present treaty as well as to those which may be constituted subsequently.

Nothing in this article shall prejudice the right of either party to impose or maintain laws and regulations governing the disposal of immovable property, provided that in regard to this matter the treatment of the most favoured nation is applied.

Article 17

The measures taken by the two Contracting Parties for regulating and forwarding traffic across their territories shall facilitate free transit by rail or waterway on routes in use convenient for international transit. No distinction shall be made which is based on the nationality of persons, the flag of vessels, the place of origin, departure, entry, exit or destination or on any circumstances relating to the ownership of goods or of vessels, coaching or goods stock, or other means of transport.

Um die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen sicherzustellen, gestatten die beiden vertragschließenden Teile den Durchgangsverkehr durch ihre Territorialgewässer nach Maßgabe der üblichen Bedingungen und Vorbehalte.

Die Durchgangstransporte werden keinen besonderen Gebühren oder Abgaben auf Grund ihrer Durchfuhr (Ein- und Austritt einbegriffen) unterworfen. Jedoch können diese Durchgangstransporte mit solchen Gebühren und Abgaben belegt werden, die lediglich zur Deckung der durch ihre Durchfuhr veranlaßten Überwachungs- und Verwaltungskosten dienen. Die Höhe aller derartigen Gebühren und Abgaben soll soweit wie möglich den Aufwendungen entsprechen, zu deren Deckung sie bestimmt sind. Auf diese Gebühren und Abgaben findet der im ersten Absatz dieses Artikels niedergelegte Grundsatz der Gleichheit Anwendung mit der Einschränkung, daß sie auf bestimmten Verkehrswegen mit Rücksicht auf Unterschiede in der Höhe der Überwachungskosten herabgesetzt oder sogar aufgehoben werden können.

Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird durch diesen Artikel verpflichtet, die Durchreise solcher Personen, denen das Betreten seiner Gebiete verboten ist, oder den Durchgang solcher Güter zu gewährleisten, deren Einfuhr aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege oder der öffentlichen Sicherheit oder zur Verhütung der Einschleppung von Tier- oder Pflanzenkrankheiten verboten ist.

Jeder der beiden vertragschließenden Teile ist berechtigt, die angemessenen Vorkehrungen zu treffen, um sich zu vergewissern, daß die Personen, das Gepäck und die Güter, insbesondere die einem Monopol unterworfenen Güter, die See- und Binnenschiffe, Personen- und Güterwagen und anderen Beförderungsmittel sich tatsächlich im Durchgangsverkehre befinden, sowie um sich davon zu überzeugen, daß die auf der Durchreise befindlichen Personen in der Lage sind, ihre Reise zu beendigen und um zu verhüten, daß die Sicherheit der Verkehrswege und Verkehrsmittel gefährdet wird.

Dieser Artikel kann in keiner Weise die Maßnahmen berühren, die einer der beiden vertragschließenden Teile auf Grund allgemeiner internationaler Vereinbarungen, an denen er beteiligt ist oder die späterhin abgeschlossen werden sollten, zu treffen sich veranlaßt sieht oder sehen könnte. Namentlich gilt dies für Vereinbarungen, die unter dem Schutze des Völkerbundes abgeschlossen sind und den Durchgangsverkehr, die Ein- oder Ausfuhr bestimmter Warengattungen, wie Opium oder anderer schädlicher Drogen oder Fischereierzeugnisse, betreffen, und ebenso für allgemeine Vereinbarungen, die die Verhütung irgendwelcher Beeinträchtigung von gewerblichen, literarischen oder künstlerischen Eigentumsrechten zum Gegenstande haben oder sich auf die Anwendung falscher Waren- oder Ursprungsbezeichnungen oder anderer Mittel des unlauteren Wettbewerbs beziehen.

Falls auf den für den Durchgangsverkehr benutzten Wasserwegen ein Schleppmonopol eingerichtet ist, muß dessen Betrieb derart sein, daß er den Durchgangsverkehr für See- und Binnenschiffe nicht hindert.

Für die Zwecke dieses Vertrages gelten Personen, Gepäck, Güter, sowie See- und Binnenschiffe, Personen- und Güterwagen oder andere Beförderungsmittel als

In order to ensure the application of the foregoing provisions the two Contracting Parties will allow transit across their territorial waters in accordance with the customary conditions and reserves.

Traffic in transit shall not be subject to any special dues in respect of transit (including entry and exit). Nevertheless, on such traffic in transit there may be levied dues intended solely to defray expenses of supervision and administration entailed by such transit. The rate of any such dues must correspond as nearly as possible with the expenses which they are intended to cover, and the dues must be imposed under the conditions of equality laid down in the first paragraph of this article, except that on certain routes such dues may be reduced or even abolished on account of differences in the cost of supervision.

Neither of the two Contracting Parties shall be bound by this article to afford transit for passengers whose admission into its territories is forbidden, or for goods of a kind of which the importation is prohibited either on grounds of public health or security or as a precaution against diseases of animals or plants.

Each of the two Contracting Parties shall be entitled to take reasonable precautions to ensure that persons, baggage and goods, particularly goods which are the subject of monopoly and also vessels, coaching and goods stock and other means of transport are really in transit, as well as to ensure that passengers in transit are in a position to complete their journey, and to prevent the safety of the routes and means of communication being in danger.

Nothing in this article shall affect the measures which either of the two Contracting Parties may feel called upon to take in pursuance of general international conventions to which it is a party or which may be concluded hereafter, particularly conventions concluded under the auspices of the League of Nations relating to the transit, export or import of particular kinds of articles such as opium or other dangerous drugs or the produce of fisheries or in pursuance of general conventions intended to prevent any infringement of industrial, literary or artistic property, or relating to false marks, false indications of origin or other methods of unfair competition.

Any haulage service established as a monopoly on waterways used for transit must be so organised as not to hinder the transit of vessels.

For the purposes of this treaty persons, baggage and goods, and also vessels, coaching and goods stock and other means of transport, shall be

im Durchgangsverkehr durch die Gebiete eines der beiden vertragschließenden Teile befindlich, deren Beförderung durch die genannten Gebiete nur einen Bruchteil der Gesamtbeförderung ausmacht, die außerhalb der Grenzen des Teiles, durch dessen Gebiet sich der Durchgangsverkehr vollzieht, begonnen hat und enden soll, gleichviel, ob diese Beförderung mit oder ohne Umladung, mit oder ohne Einlagerung, mit oder ohne Teilung der Ladung, mit oder ohne Änderung der Beförderungsart erfolgt. Derartige Transporte werden in diesem Artikel als »Durchgangstransporte« bezeichnet.

deemed to be in transit across the territories of one of the two Contracting Parties, when the passage across such territories, with or without transhipment, warehousing, breaking bulk, or change in the mode of transport, is only a portion of a complete journey, beginning and terminating beyond the frontier of the party across whose territory the transit takes place. Traffic of this nature is termed in this article "traffic in transit."

Artikel 18

Jeder der beiden vertragschließenden Teile soll die Ein- und Ausfuhr aller Waren, die ein- und ausgeführt werden dürfen, sowie die Beförderung von Passagieren von oder nach den eigenen Gebieten auf den See- und Binnenschiffen des anderen Teiles gestatten; diese Schiffe, ihre Ladungen und Passagiere sollen die gleichen Vorrechte genießen und keinen anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterworfen sein als die See- und Binnenschiffe, deren Ladungen und Passagiere des eigenen oder irgendeines anderen fremden Landes.

Es besteht Einverständnis darüber, daß die vorstehenden Bestimmungen beide vertragschließenden Teile daran hindern, nach der Flagge abgestufte Zollsätze oder Auflagen von Gütern oder Passagieren zu erheben, die in Schiffen des anderen Teiles transportiert worden sind.

Die beiden vertragschließenden Teile kommen ferner überein, alle unlauteren Unterscheidungen hinsichtlich der Erleichterungen für den internationalen Eisenbahnverkehr und hinsichtlich der Sätze und Bedingungen ihrer Anwendung zu unterlassen, soweit solche sich gegen die Güter, Staatsangehörigen oder Schiffe des anderen richten.

Tarife, Ermäßigungen der Beförderungspreise oder sonstige Begünstigungen, deren Anwendung von der vorhergehenden oder folgenden Beförderung der Waren mit Schiffen einer bestimmten staatlichen oder privaten Schiffahrtsunternehmung oder in einer bestimmten See- und Flußverbindung abhängig gemacht ist, kommen in derselben Richtung und auf derselben Verkehrsstrecke ohne weiteres auch jenen Waren zugute, die in den Schiffen des einen der beiden vertragschließenden Teile in einem Hafen des anderen vertragschließenden Teiles ankommen oder von letzterem weiterbefördert werden.

Article 18

Each of the two Contracting Parties shall permit the importation or exportation of all merchandise which may be legally imported or exported, and also the carriage of passengers from or to their respective territories, upon the vessels of the other; and such vessels, their cargoes and passengers shall enjoy the same privileges as, and shall not be subjected to any other or higher duties or charges than national vessels and their cargoes and passengers or the vessels of any other foreign country and their cargoes and passengers.

It is agreed that the foregoing provisions preclude either of the two Contracting Parties from imposing differential flag duties or charges on goods or passengers carried in vessels of the other.

The two Contracting Parties further agree, in regard to facilities for international railway traffic and to the rates and conditions of their application, to refrain from all discrimination of an unfair nature directed against the goods, nationals or vessels of the other.

Tariffs, reductions in rates or other railway facilities, the application of which is dependent upon previous or subsequent carriage of the goods upon vessels of a certain State-owned or private shipping undertaking, or which are made conditional upon a given sea or river connection, shall unconditionally apply in the same direction and on the same routes to the goods carried in the vessels of one of the two Contracting Parties and arriving at or departing from a harbour of the other Contracting Party.

Artikel 19

Bei der Anweisung von Schiffsliegeplätzen und beim Laden und Ausladen der Schiffe in den Hafengebieten, Häfen, Docks und auf den Reeden der beiden vertragschließenden Teile sollen von keinem Teile den Schiffen irgendeines anderen oder des eigenen Landes Vorrechte und Erleichterungen zugestanden werden, die nicht gleicherweise den Schiffen des anderen Teiles gewährt werden, ohne Rücksicht darauf, von woher sie kommen oder wohin sie bestimmt sind.

Article 19

In all that regards the stationing, loading and unloading of vessels in the ports, docks, roadsteads and harbours of the territories of the two Contracting Parties, no privilege or facility shall be granted by either party to vessels of any other foreign country or to national vessels which is not equally granted to vessels of the other party from whatsoever place they may arrive and whatever may be their place of destination.

Artikel 20

In bezug auf Tonnage-, Hafen-, Lotsen-, Leuchtturm-, Quarantäne- oder andere ähnliche Gebühren oder Abgaben irgendwelcher Bezeichnung, die im Namen oder

Article 20

In regard to duties of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine or other analogous duties or charges of whatever denomination levied in the

für Rechnung des Staates, öffentlicher Beamter, Privater, für Rechnung von Körperschaften oder Instituten irgendwelcher Art erhoben werden, sollen die Schiffe eines jeden der beiden vertragschließenden Teile in den Häfen des anderen Teiles eine wenigstens ebenso günstige Behandlung erfahren wie diejenige, die den Schiffen des eigenen oder irgendeines anderen fremden Landes zuteil wird.

Alle Gebühren und Abgaben, die für den Gebrauch von Seehäfen erhoben werden, müssen vor ihrer Inkraftsetzung in gehöriger Weise veröffentlicht werden. Dasselbe gilt für die Polizeivorschriften und Hafenordnungen. In jedem Seehafen hat die Hafenbehörde ein Verzeichnis der in Kraft befindlichen Gebühren und Abgaben sowie eine Abschrift der Polizeivorschriften und Hafenordnung zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Interessenten aufzulegen.

Artikel 21

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages über die gegenseitige Gleichstellung mit den eigenen Staatsangehörigen in Sachen der Schiffahrt finden keine Anwendung auf den Küstenhandel, hinsichtlich dessen die Staatsangehörigen und Schiffe eines jeden der vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles die Meistbegünstigung unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit genießen sollen.

Die Schiffe eines jeden der beiden vertragschließenden Teile dürfen nichtsdestoweniger von einem Hafen nach einem anderen fahren, entweder um ihre von außerhalb mitgebrachte Ladung ganz oder teilweise zu löschen oder von außerhalb kommende Passagiere zu landen oder um ihre für außerhalb bestimmte Ladung ganz oder teilweise einzunehmen oder nach außerhalb reisende Passagiere an Bord zu nehmen.

Es besteht auch Einverständnis darüber, daß, falls der Küstenhandel eines jeden der vertragschließenden Teile ausschließlich der eigenen Schiffahrt vorbehalten ist, die Schiffe des anderen Teiles, soweit sie den Handel nach oder von Plätzen außerhalb dieses vorbehaltenen Küstenhandels vermitteln, nicht daran gehindert werden sollen, zwischen zwei Häfen in den Gebieten des einen Teiles Passagiere mit durchgehenden Fahrkarten oder Waren mit durchgehenden Konnossementen nach oder von außerhalb der obengenannten Grenzen liegenden Plätzen zu befördern. Auf solchen Fahrten sollen diese Schiffe, ihre Passagiere und Ladungen die vollen Vorrechte dieses Vertrages genießen.

Artikel 22

Die Bestimmungen dieses Vertrages sollen auf diejenige besondere Behandlung, die einer der beiden vertragschließenden Teile jetzt oder künftig den von einheimischen Schiffen gefangenen Fischen zubilligt, keine Anwendung finden. Der Fang der Schiffe des einen Teiles soll nach keiner Richtung bei der Einfuhr in die Gebiete des anderen Teiles ungünstiger behandelt werden als der Fang der Schiffe irgendeines anderen fremden Landes.

Artikel 23

Allen Schiffen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile, die unter dem Zwang des Wetters oder durch Unfall genötigt werden, in einem Hafen

name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind, the vessels of each of the two Contracting Parties shall enjoy in the ports of the territories of the other treatment at least as favourable as that accorded to national vessels or the vessels of any other foreign country.

All dues and charges levied for the use of maritime ports shall be duly published before coming into force. The same shall apply to the bye-laws and regulations of the ports. In each maritime port the Port Authority shall keep open for inspection by all persons concerned a table of the dues and charges in force, as well as a copy of the bye-laws and regulations.

Article 21

The provisions of this treaty relating to the mutual concession of national treatment in matters of navigation do not apply to the coasting trade, in respect of which the subjects or citizens and vessels of each of the Contracting Parties shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territories of the other, provided that reciprocity be assured.

The vessels of either Contracting Party may, nevertheless, proceed from one port to another, either for the purpose of landing the whole or part of their cargoes or passengers brought from abroad, or of taking on board the whole or part of their cargoes or passengers for a foreign destination.

It is also understood that in the event of the coasting trade of either party being exclusively reserved to national vessels, the vessels of the other party, if engaged in trade to or from places not within the limits of the coasting trade so reserved, shall not be prohibited from the carriage between two ports of the territories of the former party of passengers holding through tickets or merchandise consigned on through bills of lading to or from places not within the above-mentioned limits, and while engaged in such carriage these vessels and their passengers and cargoes shall enjoy the full privileges of this treaty.

Article 22

The provisions of this treaty shall not be applicable to the special treatment which is, or may hereafter be, accorded by either party to fish caught by vessels of that party. Fish caught by vessels of either party shall not be treated less favourably in any respect on importation into the territories of the other than fish caught by the vessels of any other foreign country.

Article 23

Any vessels of either of the two Contracting Parties which may be compelled, by stress of weather or by accident, to take shelter in a port of

des anderen Teiles Zuflucht zu suchen, soll gestattet sein, daselbst Ausbesserungen vorzunehmen, sich alle nötigen Vorräte zu beschaffen und wieder in See zu gehen, ohne irgendwelche anderen Gebühren zu bezahlen als diejenigen, die im gleichen Falle von Schiffen der eigenen Nation zu entrichten sein würden. Falls jedoch der Führer eines Kauffahrteischiffes sich genötigt sehen sollte, zur Bestreitung seiner Unkosten einen Teil seiner Ladung zu veräußern, so soll er verpflichtet sein, sich nach den Verordnungen und Tarifen des Ortes, wohin er gekommen ist, zu richten.

Wenn ein Schiff des einen der beiden vertragschließenden Teile an den Küsten des anderen Teiles strandet oder Schiffbruch leidet, so sollen ein solches Schiff und alle seine Teile sowie alle seine Ausrüstungsgegenstände und aller Zubehör, ferner alle Güter und Waren, die von ihm geborgen, einschließlich derer, die in See geworfen worden sind, oder, falls sie verkauft worden sind, der Erlös daraus, ebenso alle an Bord eines solchen gestrandeten oder verunglückten Schiffes vorgefundenen Papiere den Eigentümern des Schiffes, der Güter, Waren usw. oder deren Beauftragten, wenn sie von ihnen beansprucht werden, ausgehändigt werden. Falls sich diese Eigentümer oder Beauftragten nicht an Ort und Stelle befinden, dann sollen ein solches Schiff, Güter, Waren usw., insoweit sie das Eigentum eines Staatsangehörigen des anderen vertragschließenden Teiles sind, dem Konsularbeamten dieses vertragschließenden Teiles, in dessen Bezirk der Schiffbruch oder die Strandung sich ereignet hat, ausgehändigt werden, sofern die Herausgabe von ihm innerhalb der durch die Landesgesetze festgesetzten Frist verlangt wird, und dieser Konsularbeamte, die Eigentümer oder Beauftragten sollen nur die durch die Rettung, Bergung oder sonstwie erwachsenen Kosten bezahlen, die im Falle des Schiffbruchs oder Strandens eines Schiffes der eigenen Nation zu entrichten gewesen wären.

Die beiden vertragschließenden Teile sind jedoch darüber einig, daß geborgene Waren keinem Zoll unterliegen sollen, es sei denn, daß sie für den inländischen Verbrauch klariert werden.

Wenn ein Schiff unter dem Zwange des Wetters einläuft, strandet oder Schiffbruch leidet, so soll der betreffende Konsularbeamte, falls der Eigentümer oder der Schiffsführer oder ein anderer Beauftragter des Eigentümers nicht anwesend ist oder trotz Anwesenheit darum ersucht, ermächtigt sein, amtlichen Beistand zu leisten, um seinen Landsleuten die erforderliche Unterstützung zuteil werden zu lassen.

the territories of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary stores and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable in a similar case by a national vessel. In case, however, the master of a merchant vessel should be under the necessity of disposing of a part of his merchandise in order to defray his expenses, he shall be bound to conform to the regulations and tariffs of the place to which he may have come.

If any vessel of one of the two Contracting Parties shall run aground or be wrecked upon the coasts of the territories of the other, such vessel and all parts thereof and all furniture and appurtenances belonging thereto, and all goods and merchandise saved therefrom, including any which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked vessel shall be given up to the owners of such vessel goods, merchandise, &c., or to their agents when claimed by them. If there are no such owners or agents on the spot, then the vessel, goods, merchandise, &c., referred to shall, in so far as they are the property of a subject or citizen of the second Contracting Party, be delivered to the consular officer of that Contracting Party in whose district the wreck or stranding may have taken place upon being claimed by him within the period fixed by the laws of the Contracting Party, and such consular officer, owners, or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the like case of a wreck or stranding of a national vessel.

The two Contracting Parties agree, however, that merchandise saved shall not be subjected to the payment of any customs duty unless cleared for internal consumption.

In the case of a vessel being driven in by stress of weather, run aground or wrecked, the respective consular officer shall, if the owner or master or other agent of the owner is not present, or is present and requires it, be authorised to interpose, in order to afford the necessary assistance to his fellow-countrymen.

Artikel 24

Jeder der beiden vertragschließenden Teile wird die Schiffe des anderen Teiles und ihre Ladungen und Passagiere auf seinen natürlichen und künstlichen Binnengewässern und in den dem öffentlichen Verkehr dienenden Binnenhäfen bezüglich der Schiffahrt, insbesondere hinsichtlich der Gebühren und anderer Abgaben wie die Schiffe und ihre Ladungen und Passagiere der eigenen Staatsangehörigen oder derjenigen des meistbegünstigten fremden Landes behandeln.

Article 24

The vessels of each of the two Contracting Parties, together with their cargoes and passengers, shall receive on the natural and artificial inland waterways and in the public inland harbours of the other, treatment in respect of navigation, particularly as regards dues and other charges, not less favourable than that accorded to national vessels and their cargoes and passengers or the vessels of the most favoured foreign country and their cargoes and passengers.

Artikel 25

Jeder der beiden vertragschließenden Teile wird innerhalb der ihm durch seine Gesetzgebung gezogenen Grenzen und unter Vorbehalt der Bedingungen der Gleichwertigkeit und Gegenseitigkeit die seitens des anderen Teiles erlassenen Vorschriften über Maße, Einrichtung, Ausstattung und Sicherheit von Schiffen annehmen.

Artikel 26

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Schiffe der beiden vertragschließenden Teile sollen sich nicht auf Schiffe beziehen, die in einem Teile ihrer Gebiete registriert sind, auf den der Vertrag nicht Anwendung findet oder finden wird.

Artikel 27

Jedem der beiden vertragschließenden Teile soll es freistehen, Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten mit Sitz in den Städten und Häfen des anderen Teiles zu ernennen, in denen solche Vertreter irgendeiner anderen Nation durch die betreffenden Regierungen etwa zugelassen werden. Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten sollen jedoch ihre amtliche Tätigkeit nicht beginnen können, bevor sie nicht in der üblichen Weise seitens der Regierung, zu der sie entsendet worden sind, genehmigt und zugelassen worden sind.

Die Konsularbeamten eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit im Gebiete des anderen Teiles dieselben Amtsbefugnisse haben, dieselben Vorrechte und Befreiungen genießen, die den Konsularbeamten irgendeines anderen fremden Landes zustehen oder zustehen werden.

Artikel 28

Wenn ein Staatsangehöriger eines der beiden vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles unter Hinterlassung dort nicht ansässiger Erben stirbt, ist der konsularische Vertreter des anderen Teiles auch ohne ausdrückliche Ermächtigung durch die dort nicht ansässigen Erben befugt, sie in allen die Verwaltung des Besitzes und die Regelung des Nachlasses betreffenden Angelegenheiten zu vertreten mit dem Recht, die diesen Erben anfallenden Anteile einzuziehen, soweit nicht die Landesgesetze eine solche Vertretung ausdrücklich ausschließen oder die persönliche Anwesenheit der Erben ausdrücklich erfordern oder ein Testamentsvollstrecker ernannt ist.

Den Konsularbeamten des einen der beiden vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles soll zur Wiederergreifung von Deserteuren von den Schiffen des ersteren Teiles von den Ortsbehörden in dem Maße Beistand geleistet werden, in dem dies nach den geltenden Gesetzen möglich ist, jedoch mit der Maßgabe, daß diese Bestimmung auf die Staatsangehörigen desjenigen vertragschließenden Teiles, in dessen Gebiet die Entweichung erfolgt ist, keine Anwendung findet.

Artikel 29

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles in bezug auf Patente für Erfindungen,

Article 25

Each of the two Contracting Parties will within the limits permitted by its laws and subject to the conditions of equivalence and reciprocity accept the regulations prescribed by the other relating to the measurements, fittings, equipment or safety of ships.

Article 26

The provisions of this treaty with regard to the vessels of the two Contracting Parties shall not extend to vessels registered in any part of their territories to which the treaty is not, or is not made, applicable.

Article 27

It shall be free to each of the two Contracting Parties to appoint consuls-general, consuls, vice-consuls and consular agents to reside in the towns and ports of the territories of the other to which such representatives of any other nation may be admitted by the respective Governments. Such consuls-general, consuls, vice-consuls and consular agents, however, shall not enter upon their functions until after they shall have been approved and admitted in the usual form by the Government to which they are sent.

The consular officials of one of the two Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other the same official rights, privileges and exemptions, provided reciprocity be granted, as are or may be accorded to similar officials of any other foreign country.

Article 28

When a subject or citizen of one of the two Contracting Parties dies within the territories of the other, leaving non-resident heirs, the consular representative of the other party is entitled without express authorisation from such non-resident heirs to represent them so far as the laws of the country do not expressly prohibit such representation, in all matters pertaining to administration of the property and settlement of the estate with the right to collect the distributive shares of such heirs, provided that the general laws of the country do not expressly demand the personal presence of the heirs or provided that an executor has not been appointed.

The consular officers of one of the two Contracting Parties residing in the territories of the other shall receive from the local authorities such assistance as can by law be given to them for the recovery of deserters from the vessels of the former party. Provided that this stipulation shall not apply to subjects or citizens of the Contracting Party in whose territories the desertion takes place.

Article 29

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties shall have in the territories of the other the same rights as subjects or citizens

Handelsmarken und Muster, falls sie die gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten erfüllen, die gleichen Rechte wie die Staatsangehörigen des anderen Teiles haben.

Artikel 30

Die beiden vertragschließenden Teile kommen grundsätzlich dahin überein, daß jede etwaige Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen über die richtige Auslegung oder Anwendung irgendeiner der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf Verlangen einer der beiden Parteien einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll.

Das Schiedsgericht, dem Meinungsverschiedenheiten unterbreitet werden sollen, soll der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag sein, es sei denn, daß in einem besonderen Falle die beiden vertragschließenden Parteien eine andere Vereinbarung treffen.

Artikel 31

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen auf Indien oder auf irgendein Dominium mit Selbstverwaltung, eine Kolonie, eine Besitzung oder ein Protektorat Seiner Britannischen Majestät nicht Anwendung finden, es sei denn, daß durch Seiner Britannischen Majestät Vertreter in Berlin der Wunsch Seiner Britannischen Majestät geäußert wird, daß die aufgeführten Bestimmungen auf irgendeines dieser Gebiete Anwendung finden sollen.

Jedoch sollen in Indien oder in irgendeinem Dominium mit Selbstverwaltung, einer Kolonie, einer Besitzung oder einem Protektorate Seiner Britannischen Majestät erzeugte oder verfertigte Waren in Deutschland völlige und bedingungslose Meistbegünstigung genießen, solange den in Deutschland erzeugten oder verfertigten Waren in Indien, in dem betreffenden Dominium mit Selbstverwaltung, der betreffenden Kolonie, Besitzung oder dem betreffenden Protektorat eine ebenso günstige Behandlung zuteil wird wie den in irgendeinem anderen fremden Lande erzeugten oder verfertigten Waren.

Soweit die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf Indien oder irgendein Dominium mit Selbstverwaltung, eine Kolonie, eine Besitzung oder ein Protektorat Seiner Britannischen Majestät bis zum 1. September 1926 nicht ausgedehnt worden sind, soll zu irgendeinem nach diesem Datum gelegenen Zeitpunkte, unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist, der zweite Absatz dieses Artikels durch eine entsprechende im Namen des Deutschen Reichspräsidenten erfolgte Mitteilung an den Vertreter Seiner Britannischen Majestät in Berlin außer Kraft gesetzt werden können.

Artikel 32

Die auf Indien, die Dominien mit Selbstverwaltung, Kolonien, Besitzungen und Protektorate Seiner Britannischen Majestät bezüglichen Bestimmungen des vorhergehenden Artikels sollen gleicherweise für alle Gebiete gelten, für die Seine Britannische Majestät im Auftrage des Völkerbundes ein Mandat übernommen hat.

Artikel 33

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in London ausgetauscht werden. Er wird sofort nach

of that Contracting Party in regard to patents for inventions, trade marks, and designs, upon fulfilment of the formalities prescribed by law.

Article 30

The two Contracting Parties agree in principle that any dispute that may arise between them as to the proper interpretation or application of any of the provisions of the present treaty shall, at the request of either party, be referred to arbitration.

The court of arbitration to which disputes shall be referred shall be the Permanent Court of International Justice at The Hague, unless in any particular case the two Contracting Parties agree otherwise.

Article 31

The stipulations of the present treaty shall not be applicable to India or to any of His Britannic Majesty's self-governing Dominions, Colonies, Possessions or Protectorates unless notice is given by His Britannic Majesty's representative at Berlin of the desire of His Britannic Majesty that the said stipulations shall apply to any such territory.

Nevertheless, goods produced or manufactured in India or in any of His Britannic Majesty's self-governing Dominions, Colonies, Possessions or Protectorates shall enjoy in Germany complete and unconditional most-favoured-nation treatment so long as goods produced or manufactured in Germany are accorded in India or such self-governing Dominion, Colony, Possession or Protectorate treatment as favourable as that accorded to goods produced or manufactured in any other foreign country.

As regards India, or any of His Britannic Majesty's self-governing Dominions, Colonies, Possessions or Protectorates to which the provisions of the present treaty shall not have been applied by the 1st September 1926, the provisions of the second paragraph of this article shall cease to operate three months after notice has been given, at any time after that date, to His Britannic Majesty's representative at Berlin on behalf of the President of the German Reich.

Article 32

The terms of the preceding article relating to India and to His Britannic Majesty's self-governing Dominions, Colonies, Possessions and Protectorates shall apply also to any territory in respect of which a mandate on behalf of the League of Nations has been accepted by His Britannic Majesty.

Article 33

The present treaty shall be ratified and the ratifications shall be exchanged at London as soon as possible. It shall come into force im-

der Ratifikation in Kraft treten und vom Tage des Inkrafttretens ab fünf Jahre in Geltung bleiben. Falls keiner der vertragschließenden Teile zwölf Monate vor Ablauf des genannten Zeitraumes von fünf Jahren dem anderen Teile seine Absicht auf Beendigung des gegenwärtigen Vertrages bekanntgegeben hat, wird dieser bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage ab, an dem einer oder der andere der beiden vertragschließenden Teile die betreffende Erklärung abgegeben haben wird, in Kraft bleiben.

Falls jedoch für Indien oder irgendein Dominium mit Selbstverwaltung, eine Kolonie, eine Besitzung oder ein Protektorat Seiner Britannischen Majestät oder eins der Gebiete, bezüglich deren seine Britannische Majestät im Auftrage des Völkerbundes ein Mandat übernommen hat, die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf Grund der Artikel 31 und 32 anwendbar gemacht worden sind, so soll ein jeder der vertragschließenden Teile das Recht haben, den Vertrag mit diesem besonderen Vertragsteile jederzeit mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist außer Kraft zu setzen.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichnet und hierunter ihre Siegel gesetzt.

In doppelter Urschrift ausgefertigt zu London in Deutsch und Englisch, am 2. Dezember 1924.

Sthamer
C. v. Schubert
Austen Chamberlain
D'Abernon

mediately upon ratification and shall be binding during five years from the date of its coming into force. In case neither of the two Contracting Parties shall have given notice to the other twelve months before the expiration of the said period of five years of its intention to terminate the present treaty, it shall remain in force until the expiration of one year from the date on which either of the two Contracting Parties shall have denounced it.

As regards, however, India or any of His Britannic Majesty's self-governing Dominions, Colonies, Possessions or Protectorates or any territory in respect of which a mandate on behalf of the League of Nations has been accepted by His Britannic Majesty to which the stipulations of the present treaty shall have been made applicable under Articles 31 and 32, either of the two Contracting Parties shall have the right to terminate it separately at any time on giving twelve months' notice to that effect.

In witness whereof the respective plenipotentiaries have signed the present treaty and have affixed thereto their seals.

Done at London in duplicate in English and German texts, the 2nd December, 1924.

Austen Chamberlain
D'Abernon
Sthamer
C. v. Schubert

Protokoll

1.

Da der heute unterzeichnete Handels- und Schiffahrtsvertrag auf dem Grundsatze der Meistbegünstigung beruht, so verpflichten sich beide Vertragsteile, diesem Grundsatze die denkbar weiteste Auslegung zu geben. Während sie sich das Recht vorbehalten, die für die Erhaltung ihrer eigenen Industrien geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, verpflichten sie sich insbesondere, den Zolltarif ihres Landes oder irgendwelche anderen Abgaben nicht als Mittel für eine unterschiedliche Behandlung zuungunsten des Handels des anderen zu gebrauchen und alle zu ihrer Kenntnis gebrachten Fälle in wohlwollende Erwägung zu ziehen, in denen infolge von Zollsätzen oder irgendwelcher anderen Abgaben unmittelbar oder infolge willkürlicher oder unbilliger Einordnung unter eine Zollposition eine solche unterschiedliche Behandlung offenbar eingetreten ist.

2.

Innerhalb der durch diese Abmachung gezogenen Grenzen verpflichtet sich jede Partei, keine Zölle oder Abgaben aufzuerlegen, wiederaufzuerlegen oder beizubehalten, die für den anderen Teil besonders abträglich sind. Weiterhin verpflichtet sich jeder der beiden Teile, bei Abänderung ihres bestehenden Zolltarifs und bei Festsetzung künftiger Zollsätze, soweit sie die Interessen

Protocol

(1)

The Treaty of Commerce and Navigation signed this day being based on the principle of the most favoured nation, both parties to the treaty undertake to give the widest possible interpretation to that principle. In particular while retaining their right to take appropriate measures to preserve their own industries they undertake to abstain from using their respective Customs tariffs or any other charges as a means of discrimination against the trade of the other, and to give sympathetic consideration to any cases that may be brought to their notice in which, whether as a result of the rates of customs duties or charges themselves or of arbitrary or unreasonable customs classification any such discrimination can be shown to have arisen.

(2)

Within the limits of this undertaking each party agrees not to impose, reimpose or prolong any duties or charges which are specially injurious to the other party. Each party further agrees, when modifying its existing Customs tariff and fixing future rates of Customs duty as far as they specially affect the interests of the other party to

der anderen Partei besonders berühren, gebührende Rücksicht zu nehmen auf die Gegenseitigkeit und auf die Entwicklung des Handels der beiden Länder unter angemessenen und billigen Bedingungen, wobei die Deutsche Regierung die günstige Behandlung voll in Betracht ziehen wird, die deutschen Erzeugnissen oder Fabrikaten bei der Einfuhr nach dem Vereinigten Königreiche zur Zeit gewährt wird. Die Parteien werden die gleichen Erwägungen gelten lassen bei der Anwendung der unter Artikel 3 des Protokolls zu notifizierenden besonderen Verbote und Beschränkungen.

Sollte bei einem der beiden vertragschließenden Teile die Auffassung entstehen, daß einzelne der von dem anderen Teil festgesetzten Zollsätze mit obigen Zusagen nicht in Einklang stehen, so erklären sich beide Teile bereit, darüber sofort in mündliche Verhandlungen einzutreten.

3.

Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, bei der frühstmöglichen Gelegenheit, jedenfalls nicht später als sechs Monate nach dem Inkrafttreten des heute unterzeichneten Vertrages, alle Arten von Ein- und Ausfuhrverboten oder -beschränkungen zu beseitigen, mit Ausnahme der besonderen, in Artikel 10 des Vertrages aufgeführten Fälle oder anderer besonderer Fälle, die ein jeder der beiden Teile dem anderen Teile vor Ratifikation des Vertrages mitteilen wird.

4.

Seiner Britannischen Majestät Regierung verpflichtet sich,

a) dem Parlamente diejenige Gesetzgebung zu empfehlen, die erforderlich ist, um die Beseitigung der durch die unten aufgeführten Gesetze gegen deutsche Staatsangehörige und deutsche Gesellschaften im Vereinigten Königreich auferlegten Rechtsnachteile durchzuführen, die sich nicht auf die Staatsangehörigen und Gesellschaften des meistbegünstigten fremden Landes erstrecken:

Non-Ferrous Metal Industries Act, 1918.
Aliens Restriction (Amendment) Act, 1919. (Section 12.)
Trading with the Enemy (Amendment) Act, 1918. (Section 2.)

b) Bei der Anwendung der Overseas Trade Acts 1920 bis 1924 und der Trade Facilities Acts 1921 bis 1924 den Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und Deutschland nicht von den Vorteilen auszuschließen, die der Handel des Vereinigten Königreichs mit irgendeinem anderen fremden Lande genießt.

5.

Die Deutsche Regierung verpflichtet sich,

a) daß Versicherungsgesellschaften, die in Übereinstimmung mit den im Vereinigten Königreich geltenden Gesetzen gegründet worden sind, zum Geschäftsbetrieb in allen Teilen Deutschlands gemäß den Bestimmungen des deutschen Versicherungsgesetzes zugelassen werden, und wird weiter darauf achten, daß der Abschnitt des Gesetzes, durch den die Zulassung ausländischer Versicherungsgesellschaften geregelt wird, in liberalster Weise ausgelegt wird, soweit es sich um

have due regard to reciprocity and to the development on fair and equitable terms of the commerce of the two countries, the German Government taking into full account the favourable treatment at present accorded to goods the produce or manufacture of Germany on importation into the United Kingdom. The parties will also have regard to the same considerations in applying any special prohibitions or restrictions which may be notified under Article 3 of this protocol.

Should either of the two Contracting Parties be of the opinion that particular rates of Customs duty fixed by the other party are not in accordance with the above undertaking both parties agree to enter immediately into verbal negotiations.

(3)

Both Contracting Parties agree to remove at the earliest possible opportunity, but not later than six months from the coming into force of the treaty signed this day, all forms of prohibition or restriction of importation or exportation, except in those special cases mentioned in Article 10 of the treaty, or in such other special cases as may be notified by either party to the other party before the ratification of the treaty.

(4)

His Britannic Majesty's Government undertake—

(a.) To recommend to Parliament the necessary legislation for the removal of the disabilities imposed by the legislation specified below affecting German citizens and German companies in the United Kingdom which do not extend to the subjects or citizens or companies of the most favoured foreign country, viz. :—

Non-Ferrous Metal Industries Act, 1918.
Aliens Restriction (Amendment) Act, 1919. (Section 12.)
Trading with the Enemy (Amendment) Act, 1918. (Section 2.)

(b.) In the administration of the Overseas Trade Acts, 1920 to 1924, and the Trade Facilities Acts, 1921 to 1924, not to exclude trade between the United Kingdom and Germany from any benefits to which trade between the United Kingdom and any other foreign country is admitted.

(5)

The German Government undertake—

(a.) That insurance companies constituted in accordance with the laws in force in the United Kingdom shall be admitted to carry on business in all parts of Germany, subject to the provisions of the German Insurance Law, and that the section regulating the admittance of foreign insurance companies will be interpreted in the most liberal way as far as insurance companies of the United Kingdom are concerned. The German Govern-

Versicherungsgesellschaften des Vereinigten Königreichs handelt. Die Deutsche Regierung wird gleichfalls, soweit es erforderlich und mit der deutschen Gesetzgebung zu vereinbaren ist, die Arbeit der Vertreter der "Underwriters" des Vereinigten Königreichs in Deutschland erleichtern;

b) die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, daß Banken, die in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Vereinigten Königreichs gegründet sind, in ihrer geschäftlichen Betätigung lediglich den Bestimmungen der allgemeinen deutschen Gesetzgebung unterworfen sind; daß neue Bestimmungen gegen die Kapitalflucht so abgefaßt werden, daß auch ausländische Banken zum Depot- und Depositenrecht zugelassen werden können; ferner, daß sie bei den Regierungen der Staaten ihren Einfluß dahin geltend machen wird, daß Banken des Vereinigten Königreichs in liberaler Weise behandelt werden, soweit die Erlaubnis zur Errichtung von Zweigniederlassungen und zum Devisenhandel in Betracht kommt, jedoch ohne daß dadurch das Recht beeinträchtigt wird, die Bewilligung solcher Vorteile an ausländische Banken von allgemeinen Vorschriften abhängig zu machen.

6.

In Ausführung des in dem heute unterzeichneten Vertrage festgelegten allgemeinen Grundsatzes der beiderseitigen Behandlung als Inländer in Angelegenheiten der Schiffahrt kommen beide Teile überein, daß hinsichtlich der Beförderung von Auswanderern aus ihren Ländern (einschließlich Durchwanderern) und hinsichtlich der Errichtung von Agenturen durch Gesellschaften, die das Auswanderungsgewerbe betreiben, die Schiffe und Schiffahrtsgesellschaften jedes Teiles in den Gebieten des anderen in jeder Hinsicht genau den einheimischen Schiffen und einheimischen Schiffahrtsgesellschaften gleichgestellt sein sollen.

7.

Beide Parteien protokollieren hiermit ihre Absicht, die folgenden Bestimmungen, soweit sie dies noch nicht getan haben, in Kraft zu setzen:

1. die 1921 in Barcelona geschlossenen Abkommen und Statuten, betreffend die Freiheit der Durchfuhr und der schiffbaren Wasserwege von internationaler Bedeutung;
2. die 1923 in Genf geschlossenen Abkommen und Statuten, betreffend die Zollformalitäten, Seehäfen und Eisenbahnen;
3. das in Genf im Jahre 1923 aufgestellte Protokoll über die Schiedsgerichtsbestimmungen.

8.

Es besteht Einverständnis zwischen den Parteien, daß der heute unterzeichnete Vertrag erst in Kraft treten soll, nachdem die notwendigen gesetzgeberischen oder Verwaltungsmaßnahmen von den zuständigen Behörden des betreffenden Landes getroffen worden sind.

In doppelter Urschrift ausgefertigt zu London in Deutsch und Englisch, am 2. Dezember 1924.

Sthamer
C. v. Schubert
Austen Chamberlain
D'Abernon

ment will also give all necessary facilities compatible with German law for the work carried on by the agents in Germany on behalf of the underwriters of the United Kingdom.

(b.) That banking companies constituted in accordance with the laws in force in the United Kingdom shall in the pursuance of their business be subjected only to the general German Law; that new regulations against the flight of capital shall be so framed that the right to open accounts and to receive deposits may be conferred upon foreign banks; and that they will use their influence with the State Governments to secure that United Kingdom banks shall be treated in a liberal way with regard to the permission to open branch offices and the right to deal in exchange, without prejudice to the right of making the grant of such privileges to foreign banks subject to general reservations.

(6)

In pursuance of the general principle of the mutual accord of national treatment in matters of navigation which is embodied in the treaty signed this day, both parties agree that in regard to the carriage from their respective territories of emigrants (including transmigrants) and to the establishment of agencies by companies engaged in the business of emigration, the vessels and shipping companies of either party shall be placed, in the territories of the other, on exactly the same footing in every respect as national vessels and national shipping companies.

(7)

Both parties hereby place on record their intention to adopt (in so far as they have not already done so) the provisions of:—

(1.) The conventions and statutes concluded at Barcelona in 1921 respecting freedom of transit and navigable waterways of international concern;
(2.) The conventions and statutes concluded at Geneva in 1923 respecting customs formalities, maritime ports and railways;
(3.) The protocol on arbitration clauses drawn up at Geneva in 1923.

(8)

It is agreed that the treaty signed this day shall come into force only after the necessary legislative or administrative measures have been passed by the appropriate authorities in the respective countries.

Done at London in duplicate in English and German texts, the 2nd December, 1924.

Austen Chamberlain
D'Abernon
Sthamer
C. v. Schubert

Protocol

Minutes of a Meeting between British and German Representatives, held at 4 p. m., on the 2nd December, 1924, at the Foreign Office, London, for the purpose of signing a Treaty of Commerce and Navigation between Great Britain and Germany.

Plenipotentiaries present.

Great Britain

The Right Honourable Austen Chamberlain, M.P., His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs.

The Right Honourable Lord D'Abernon, G.C.M.G., His Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Berlin.

Germany

His Excellency the German Ambassador, Dr. Sthamer.

Dr. Carl von Schubert, Director in the German Ministry for Foreign Affairs.

The Secretary of State for Foreign Affairs announced that the negotiation of the Treaty of Commerce and Navigation between Great Britain and Germany was now concluded and that the treaty was ready for signature.

The German Ambassador, on behalf of the German delegation, drew attention to the terms of Sir Otto Niemeyer's letter to Herr von Schubert of the 28th November, 1924, and desired that a copy thereof should form an annex to the minutes of this meeting.

The Secretary of State for Foreign Affairs agreed, and stated that the treaty was signed on either side without reservation and upon the understanding that it would not prejudice in any way rights enjoyed under or in virtue of the Treaty of Versailles.

The German Ambassador concurred in this view.

The plenipotentiaries (the Secretary of State for Foreign Affairs and Lord D'Abernon for Great Britain, and the German Ambassador and Herr von Schubert for Germany) then proceeded to the signature of the treaty and of the protocol attached thereto, and the proceedings terminated.

Austen Chamberlain
D'Abernon
Sthamer
C. v. Schubert

Annex

Sir Otto Niemeyer to Herr von Schubert.

November 28, 1924.

Dear Herr von Schubert,

I have now been able to consult the Chancellor of the Exchequer, and am in a position to give to you our reply with regard to the Reparation (Recovery) Act. In the first place, I can repeat my

Übersetzung

Protokoll

über eine Verhandlung zwischen den britischen und deutschen Vertretern, die am 2. Dezember 1924 um 4 Uhr nachm. im Auswärtigen Amt in London zum Zweck der Unterzeichnung des deutsch-englischen Handelsvertrages stattfand.

Anwesende Bevollmächtigte

Großbritannien

Der Right Honourable Austen Chamberlain M. P., Seiner Majestät Erster Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten;

Der Right Honourable Lord D'Abernon, G.C.M.G., Seiner Majestät Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter in Berlin.

Deutschland

Seine Exzellenz der Deutsche Botschafter Dr. Sthamer,

Dr. Carl von Schubert, Ministerialdirektor im Deutschen Auswärtigen Amt.

Der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten erklärte, daß die Verhandlungen über den Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Großbritannien und Deutschland nunmehr abgeschlossen seien und daß der Vertrag fertig zur Unterschrift wäre.

Der Deutsche Botschafter lenkt im Namen der Deutschen Delegation die Aufmerksamkeit auf die Ausführungen des von Sir Otto Niemeyer an Herrn von Schubert gerichteten Briefes vom 28. November 1924 und sprach den Wunsch aus, daß eine Abschrift dem Verhandlungsprotokoll als Anhang beigefügt werden möchte.

Der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten erklärte sich einverstanden und stellte fest, daß der Vertrag von beiden Seiten ohne Vorbehalt mit der Maßgabe unterzeichnet wurde, daß er in keiner Weise die aus dem Versailles-Vertrage sich ergebenden Rechte beeinträchtige.

Der Deutsche Botschafter stimmte dem zu.

Die Bevollmächtigten (der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten und Lord D'Abernon für Großbritannien und der Deutsche Botschafter und Herr von Schubert für Deutschland) vollzogen hierauf die Unterschrift des Vertrages und des angehängten Protokolles, womit die Verhandlung schloß

Austen Chamberlain
D'Abernon
Sthamer
C. v. Schubert

Anhang

Sir Otto Niemeyer an Herrn von Schubert.

28. November 1924

Sehr geehrter Herr von Schubert!

Ich habe nunmehr den Schatzkanzler befragen können und bin in der Lage, Ihnen unsere Antwort in der Reparation (Recovery) Act-Frage zu geben. Zunächst kann ich meine Versicherung wiederholen, daß wir das

assurance that we have no desire to retain the Act for its own sake, and that the only object of any stipulations which we may make is to secure that by departing from the procedure under the Act, as it at present exists, the British Government does not lose the share of reparation receipts to which it is entitled.

The difficulty which we see in adopting any procedure on the lines of that suggested in the memorandum which you gave to me yesterday, is that the Reparation (Recovery) Act has a recognised position, and that we must make sure that if we alter the procedure we do not sacrifice the rights which we enjoy in respect of the Act as it stands, in which form the German Government agreed to facilitate its working by reimbursing the amount of the levy to German exporters by article IX of the Schedule of Payments and by their acceptance af the Dawes plan. We hold, as I told you, that it was the intention of the Dawes Report that the annuities for the first two years should be received in the form of deliveries in kind and local expenditure of the armies of occupation. The Dawes Report explicitly states that where there is reference to deliveries in kind in the report: " We have intended to include therein payments in Germany arising through the operation of the Reparation (Recovery) Acts." Before, therefore, we could consider any alternative procedure, it would be necessary to ascertain whether the agent-general, the Transfer Committee and the other Governments which signed the London agreements take the view that the annuities for the first two years must be received in deliveries in kind (including payments under the Reparation (Recovery) Act), and, if so, whether they would take the view that payments under the system which you propose could, for this purpose, be considered as being payments under the Reparation (Recovery) Act. As I explained to you, the scheme which you propose would necessarily entail the repeal or suspension of the Reparation (Recovery) Act, and there is, therefore, clearly great doubt how far payments received under an alternative plan would be accepted by all the parties concerned as being subject to the same conditions as payments under the Act as it now exists.

Moreover under existing inter-Allied agreements our receipts under the Recovery Act are exempt from the charge for Belgian priority and for the United States of America arrears of cost of occupation, and if our position is to be the same under the alternative procedure as under the existing procedure, it would clearly be necessary to obtain an extension of these privileges to our receipts under the new procedure.

It appears to the Chancellor of the Exchequer that the first step must necessarily be to ascertain what view of the matter would be taken by the agent-general, the Transfer Committee and other parties concerned. It rests with the German Government to ascertain whether it will be possible to get the consent of the agent-general and the Transfer Committee to a proposal on the lines put forward or on similar lines which would protect

Gesetz nicht um seiner selbst willen aufrechtzuerhalten wünschen, und daß die unsererseits etwa zu stellenden Bedingungen lediglich den Zweck haben, Sicherheit dafür zu geben, daß die Britische Regierung, wenn sie von dem gegenwärtig unter dem Gesetz bestehenden Verfahren abgeht, den Anteil an den Reparationen, auf die sie Anspruch hat, nicht verliert.

Die Schwierigkeit, die nach unserer Ansicht in jedem Verfahren in der Richtung des mir gestern überreichten Memorandums liegt, ist die, daß der Reparation (Recovery) Act anerkannt ist und wir die Gewißheit haben müssen, mit der Änderung des Verfahrens keine Rechte zu opfern, die wir nach dem gegenwärtigen Gesetze genießen, dessen Durchführung die Deutsche Regierung sich bereit erklärt hat zu erleichtern durch Wiedererstattung des Abgabenbetrages an die deutschen Exporteure nach Artikel IX des Zahlungsplanes und durch ihre Annahme des Dawes-Planes. Wie ich Ihnen sagte, sind wir der Auffassung, daß nach der Absicht des Dawes-Berichtes die Annuitäten für die ersten zwei Jahre in Form von Sachlieferungen und örtlichen Ausgaben der Besatzungsarmeen entgegengenommen werden sollten. Der Dawes-Bericht sagt mit Beziehung auf die Sachlieferungen ausdrücklich: »Wir haben beabsichtigt, darin die sich in Deutschland aus dem Reparation (Recovery) Act ergebenden Zahlungen einzuschließen.« Ehe wir daher ein anderes Verfahren in Erwägung ziehen könnten, würde es erforderlich sein, festzustellen, ob der Generalagent, das Transfer-Komitee und die anderen Regierungen, die die Londoner Vereinbarungen unterzeichneten, der Auffassung sind, daß die Annuitäten für die ersten zwei Jahre in Sachlieferungen (einschl. Zahlungen aus dem Reparation (Recovery) Act) entgegenzunehmen sind, und wenn ja, ob sie der Meinung sind, daß Zahlungen nach dem von Ihnen vorgeschlagenen System für diesen Zweck als Zahlungen aus dem Reparation (Recovery) Act gelten können. Der von Ihnen vorgeschlagene Plan würde, wie ich Ihnen auseinandersetzte, notwendigerweise die Aufhebung oder Suspension des Reparation (Recovery) Act bedingen, und es ist daher offenbar höchst zweifelhaft, inwieweit Zahlungen nach einem anderen Plan von allen beteiligten Parteien als den gleichen Bedingungen wie die Zahlungen aus dem gegenwärtigen Gesetze unterliegend betrachtet werden würden.

Übrigens sind unsere Bezüge nach den bestehenden interalliierten Vereinbarungen frei von der Belastung für die belgische Priorität und für die Rückstände der amerikanischen Besatzungskosten, und wenn unsere Lage nach dem anderen Verfahren die gleiche wie nach dem bisherigen Verfahren sein soll, so würde es offenbar notwendig sein, eine Ausdehnung dieser Vorrechte auf unsere Bezüge nach dem neuen Verfahren zu erzielen.

Nach Ansicht des Schatzkanzlers müßte der erste Schritt notwendig der sein, festzustellen, wie der Generalagent, das Transfer-Komitee und die anderen beteiligten Parteien die Sache ansehen. Es ist Sache der Deutschen Regierung sich zu vergewissern, ob es möglich sein wird, die Zustimmung des Generalagenten und des Transfer-Komitees zu einem Vorschlag der beschriebenen Art oder auf ähnlicher Grundlage zu erreichen, der den britischen Interessen, wie sie

the British rights referred to above, and, at the same time, not involve payment by individual merchants. The British Government cannot give any formal assurance, but they are quite ready to use their good offices to secure such a result.

As soon as the necessary consents have been obtained, the British Government will enter into negotiations with the German Government with a view to the introduction of the new procedure.

I am, &c.

O. E. Niemeyer

oben zum Ausdruck gebracht sind, gerecht wird und gleichzeitig keine Zahlungen durch einzelne Handeltreibende einschließen würde. Wenngleich die Britische Regierung keine formelle Zusicherung geben kann, ist sie jedenfalls durchaus gewillt, ihre guten Dienste zur Erzielung eines solchen Ergebnisses anzubieten.

Sobald die notwendigen Zustimmungserklärungen vorliegen, wird die Britische Regierung mit der Deutschen Regierung wegen Einführung eines neuen Verfahrens in Verhandlung treten.

Ich bin usw.

O. E. Niemeyer

Gesetz über den Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika. Vom 17. August 1925.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Dem am 8. Dezember 1923 unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nebst den zwischen der Deutschen und der Amerikanischen Regierung in dem Notenwechsel vom 19. März/21. Mai 1925 vereinbarten Zusätzen zu den Artikeln I, VII Abs. 5, IX und XI dieses Vertrags wird zugestimmt. Der Vertrag und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die zur Ausführung des Vertrags und des Notenwechsels erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Dietramszell, den 17. August 1925.

Der Reichspräsident
von Hindenburg

Der Reichsminister des Auswärtigen
Dr. Stresemann

Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika

Von dem Wunsche geleitet, die glücklicherweise zwischen ihnen bestehenden Bande des Friedens durch Abmachungen zu stärken, die geeignet sind, den freundschaftlichen Verkehr zwischen ihren Gebieten durch Maßnahmen zu fördern, die den geistigen, kulturellen, wirtschaftlichen und geschäftlichen Bestrebungen ihrer Bewohner entsprechen, haben Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika beschlossen, einen Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag abzuschließen. Zu diesem Zwecke haben zu ihren Bevollmächtigten bestellt:

der Präsident des Deutschen Reiches
Herrn Dr. Otto Wiedfeldt,
den Deutschen Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika, und

der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika
Herrn Charles Evans Hughes,
den Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika,

welche Bevollmächtigten nach Auswechselung ihrer ordnungsgemäß ausgestellten Vollmachten die nachstehenden Artikel vereinbart haben:

Germany and the United States of America, desirous of strengthening the bond of peace which happily prevails between them, by arrangements designed to promote friendly intercourse between their respective territories through provisions responsive to the spiritual, cultural, economic and commercial aspirations of the peoples thereof, have resolved to conclude a Treaty of Friendship, Commerce and Consular Rights and for that purpose have appointed as their plenipotentiaries:

The President of the German Empire,
Dr. Otto Wiedfeldt,
German Ambassador to the United States of America, and

The President of the United States of America,
Mr. Charles Evans Hughes,
Secretary of State of the United States of America,

Who, having communicated to each other their full powers found to be in due form, have agreed upon the following articles:

Artikel I.

Die Staatsangehörigen eines Vertragsteiles dürfen die Gebiete des andern betreten, darin reisen und dort wohnen; sie genießen Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung; sie dürfen sich ohne Hinderung beruflicher, wissenschaftlicher, religiöser, philanthropischer, gewerblicher und geschäftlicher Tätigkeit jeder Art widmen; sie sind befugt, jede von den am Orte geltenden Gesetzen nicht verbotene Form geschäftlicher Tätigkeit auszuüben; zum Wohnen sowie zu Zwecken der Wissenschaft, Religion, Wohlfahrt, Industrie, des Handels und der Bestattung dürfen sie geeignete Gebäude als Eigentum besitzen, errichten oder mieten und innehaben und Land für diese Zwecke pachten; sie dürfen selbstgewählte Vertreter beschäftigen und allgemein alles tun, was zur Ausübung irgendeines der erwähnten Rechte gehört oder nötig ist, und zwar unter denselben Bedingungen wie Angehörige des Staates, in dem sie sich aufhalten, oder wie Staatsangehörige einer etwa künftig von diesem Staat mit dem Rechte der Meistbegünstigung ausgestatteten Nation; dabei unterwerfen sie sich jedoch allen ordnungsmäßig erlassenen, am Orte geltenden Gesetzen und Verordnungen.

Die Staatsangehörigen des einen Vertragsteiles sollen innerhalb der Gebiete des andern Teiles keinen anderen oder höheren inneren Lasten oder Abgaben unterworfen werden, als sie von den Angehörigen dieses Staates beansprucht und bezahlt werden.

Die Staatsangehörigen des einen Vertragsteiles sollen gemäß den am Orte geltenden Gesetzen freien Zutritt zu den Gerichten des anderen Teiles haben, sowohl zur Verfolgung wie zur Verteidigung ihrer Rechte, und zwar in allen gesetzlich vorgesehenen Instanzen.

Die Staatsangehörigen des einen Vertragsteiles sollen innerhalb des Gebietes des anderen Teiles, soweit sie sich den für die Staatsangehörigen dieses Teiles vorgeschriebenen Bedingungen unterwerfen, Schutz und Sicherheit für Person und Eigentum durchaus erhalten und sollen in dieser Hinsicht in dem Umfange Schutz genießen, wie das Völkerrecht es vorschreibt. Ihr Eigentum soll ihnen nicht ohne ordentliches Rechtsverfahren und nicht ohne angemessene Entschädigung genommen werden.

Artikel II.

Wenn ein Staatsangehöriger eines Vertragsteiles in den Gebieten des anderen Teiles eine Körperverletzung erleidet oder getötet wird und das Reichs-, Landes- oder Kommunalrecht für solche Fälle den Angehörigen oder Erben des zu Schaden Gekommenen oder den ihm gegenüber Unterhaltsberechtigten Schutz in Form eines Klagerechts oder einer Geldentschädigung gewährt, so sollen diese Angehörigen, Erben oder Unterhaltsberechtigten unter denselben Bedingungen dieselben Rechte und Vergünstigungen genießen, wie sie den eigenen Staatsangehörigen jetzt oder künftig gewährt werden, ohne Rücksicht auf ihre fremde Staatsangehörigkeit oder darauf, daß sie ihren Wohnsitz außerhalb des Gebietes haben, wo der Schadensfall eingetreten ist.

Artikel III.

Die Wohnungen, Lagerhäuser, Fabriken, Läden und sonstigen Geschäftsräume der Staatsangehörigen des einen Vertragsteiles sowie alle dazu gehörigen Grund-

Article I.

The nationals of each of the High Contracting Parties shall be permitted to enter, travel and reside in the territories of the other; to exercise liberty of conscience and freedom of worship; to engage in professional, scientific, religious, philanthropic, manufacturing and commercial work of every kind without interference; to carry on every form of commercial activity which is not forbidden by the local law; to own, erect or lease and occupy appropriate buildings and to lease lands for residential, scientific, religious, philanthropic, manufacturing, commercial and mortuary purposes; to employ agents of their choice, and generally to do anything incidental to or necessary for the enjoyment of any of the foregoing privileges upon the same terms as nationals of the state of residence or as nationals of the nation hereafter to be most favored by it, submitting themselves to all local laws and regulations duly established.

The nationals of either High Contracting Party whithin the territories of the other shall not be subjected to the payment of any internal charges or taxes other or higher than those that are exacted of and paid by its nationals.

The nationals of each High Contracting Party shall enjoy freedom of access to the courts of justice of the other on conforming to the local laws, as well for the prosecution as for the defense of their rights, and in all degrees of jurisdiction established by law.

The nationals of each High Contracting Party shall receive within the territories of the other, upon submitting to conditions imposed upon its nationals, the most constant protection and security for their persons and property, and shall enjoy in this respect that degree of protection that is required by international law. Their property shall not be taken without due process of law and without payment of just compensation.

Article II.

With respect to that form of protection granted by National, State or Provincial laws establishing civil liability for injuries or for death, and giving to relatives or heirs or dependents of an injured party a right of action or a pecuniary benefit, such relatives or heirs or dependents of the injured party, himself a national of either of the High Contracting Parties and within any of the territories of the other, shall regardless of their alienage or residence outside of the territory where the injury occurred, enjoy the same rights and privileges as are or may be granted to nationals, and under like conditions.

Article III.

The dwellings, warehouses, manufactories, shops and other places of business, and all premises thereto appertaining of the nationals of each